

„Firmenverkäufe sind keine Lösung“

Mike Nagler: Leipzigs Bürgerentscheid ist nach wie vor bindend

Fehlende Transparenz, falsche Rechtsformen und die Unterfinanzierung der Kommunen haben dazu geführt, dass hohe Millionensummen der kommunalen Betriebe verzoxt werden konnten. Das meint Mike Nagler, der gemeinsam mit anderen im Januar 2008 mit einem Bürgerentscheid die geplante Teilprivatisierung der Stadtwerke Leipzig verhindert hat.

Nagler und die anderen Initiatoren des Bürgerentscheids hatten gleich nach ihrem Erfolg die Leipziger Stadtpolitik aufgefordert, eine Debatte über die Ausrichtung der Stadtfirmen zu führen. „Wir wollten mit öffentlichen Foren klären, was die Leipziger von ihren Unternehmen erwarten“, erzählt Nagler. „Aber dafür fehlte der politische Wille.“

Nagler – der zurzeit seine Doktorarbeit schreibt und nebenberuflich in der Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur Leipzig Dozent ist – verfolgt die aktuellen Entwicklungen des Stadtkonzerns aufmerksam. Für ihn sind nicht nur die beiden Ex-Wasserwerk-Manager an dem Finanzdesaster schuldig, die in London gezoxt haben. „Auslöser für diese Entwicklung war der Abschluss der risikoreichen Cross-Border-Leasing-Geschäfte“, meint er. „Die Stadträte haben diese Finanzgeschäfte nicht durchschaut, aber trotzdem dafür gestimmt. Diejenigen, die damals dafür waren, schreiben heute am lautesten.“

Wenn es nach Nagler ginge, würden Leipzigs Stadtfirmen solche internationalen Finanztransaktionen nie durchführen. „Städtische Betriebe sollten nicht die Gewinnmaximierung in den Vordergrund stellen, sondern vorrangig dafür da sein, allen Bürgern Angebote der Daseinsvorsorge mit hoher Qualität zu unterbreiten“, sagt er. Um dies sicherzustellen, sollte über die



Foto: André Kempner

Mike Nagler

Rechtsform der Stadtfirmen nachgedacht werden. „Die Rechtsform einer privaten GmbH bringt eine Menge Probleme mit sich“, sagt er.

„In einer GmbH ist die parlamentarische Kontrolle des Haushaltes stark erschwert.“ Selbst Abgeordnete, die reguläre Mitglieder im Aufsichtsrat sind, dürften ihre Fraktionen nicht über alle Details der

Firma informieren. Eigenbetriebe seien deutlich transparenter.

Dass Leipzig jetzt einige Stadtfirmen verkauft, um mit den Erlösen die Verluste der Finanzwetten zu decken, schließt Nagler aus. „Firmenverkäufe sind keine Lösung“, meint er. „Die Leipziger haben mit ihrem Bürgerentscheid deutlich gesagt, dass sie keine Privatisierungen wünschen. Diese Entscheidung ist nach wie vor bindend.“ Dies gelte natürlich auch für Tochtergesellschaften.

Nagler fordert, dass die Stadtspitze die Bürger über alle Details informiert, die bei den Untersuchungen der Finanzwetten ans Tageslicht kommen. „Die Bürger haben ein Recht darauf, alles zu erfahren“, sagte er. „Auch welche Verträge abgeschlossen wurden und welche Verpflichtungen daran hängen.“

Aus seiner Sicht sind die Transaktionen ohnehin nicht rechtskräftig. „Leipzig sollte gemeinsam mit anderen Kommunen eine Sammelklage gegen die Geschäfte anstrengen“, sagt er. „Sie sind nach deutschem Recht nicht zulässig.“ Außerdem sollten Leipzigs Bundestagsabgeordnete sich in Berlin für die bessere finanzielle Ausstattung der deutschen Städte stark machen – unabhängig davon, welcher Partei sie angehören. „Leipzigs Vertreter im Bundestag und die Vertreter der Stadt sollten sich nicht gegenseitig mit Schuldzuweisungen schwächen“, meint er mit Blick auf die jüngsten Vorwürfe der Bundestagsabgeordneten Bettina Kudla (CDU).

Andreas Tappert

„Ohne Ansehen der Person“

Wie berichtet, benötigen sie dazu Stimmen aus den Fraktionen, die Kudla derzeit heftig kritisieren.

Aus Brüssel meldete sich gestern der Europa-Abgeordnete und Kreisparteichef Hermann Winkler (CDU). „Es sind in der Vergangenheit Dinge gelaufen, die nicht zu tolerieren sind. Concorde-Flüge, Uhren – aber auch der Umgang mit den Geschäftsführern der städtischen Firmen“, sagte Winkler. „Das muss ohne Ansehen der Person geklärt werden. Jetzt aber, wo es um viel Geld geht, ist Besonnenheit gefragt. Oberbürgermeister Burkhard Jung hat in den letzten Wochen keine Fehler gemacht; in der aktuellen Aufklärung hat er richtig gehandelt. Ich vertraue auch den Geschäftsführungen der LVV und der Wasserwerke.“ A. 7.

Nachdem die CDU-Fraktion des Rathauses einen ganzen Tag lang zu den Vorwürfen geschwiegen hatte, die ihre Ex-Finanzbürgermeisterin und heutige Bundestagsabgeordnete Bettina Kudla gegen Oberbürgermeister Burkhard Jung (SPD) gerichtet hat, war Fraktionschefin Ursula Grimm gestern zu einer kurzen Stellungnahme bereit. „Ich bin der Meinung, dass die Vorgänge erst aufgeklärt und dann bewertet werden sollten“, sagte sie. Hinter den Kulissen war zu hören, dass viele Christdemokraten die Position der Ex-Finanzchefin teilen. Beobachter vermuten, dass die CDU-Fraktion schweigt, um die für Februar anberaumte Wahl ihres Bewerbers Torsten Bonev zum neuen Leipziger Finanzbürgermeister sicherzustellen.

28.01.2020